

Springer Reference Sozialwissenschaften

Springer Reference

Frank Sauer  
Carlo Masala *Hrsg.*

# Handbuch Internationale Beziehungen

*2. Auflage*



Springer VS

---

Springer Reference Sozialwissenschaften

*Springer Reference Sozialwissenschaften* bietet fachspezifisch und transdisziplinär Fachwissen in aktueller, kompakter und verständlicher Form. Thematisch umfasst die Reihe die Fachbereiche der Soziologie, Politikwissenschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie der Pädagogik.

Die Handbücher dieser Reihe repräsentieren den jeweils aktuellen Stand des Wissens im Fach. Reviewprozesse sichern die Qualität durch die aktive Mitwirkung von namhaften HerausgeberInnen und hervorragenden AutorInnen.

Der Vorteil dieser neuen Handbücher liegt in seiner dynamischen Komponente: Die Beiträge erscheinen noch vor der gedruckten Fassung (Online First) und sind bereits von Beginn an zitierfähig. Zudem werden diese Beiträge aktualisiert und geben so den aktuellen Stand der Forschung wieder.

*Springer Reference Sozialwissenschaften* wächst kontinuierlich um neue Kapitel und Themen.

---

Frank Sauer • Carlo Masala  
Herausgeber

# Handbuch Internationale Beziehungen

2. Auflage

mit 13 Abbildungen und 12 Tabellen

 Springer VS

*Herausgeber*  
Frank Sauer  
Universität der Bundeswehr München  
München, Deutschland

Carlo Masala  
Universität der Bundeswehr München  
München, Deutschland

ISBN 978-3-531-19917-7                      ISBN 978-3-531-19918-4 (eBook)  
ISBN 978-3-658-17334-0 (Bundle)  
DOI 10.1007/978-3-531-19918-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Strasse 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorwort

Nach dem großen Erfolg des „Handbuchs der Internationalen Politik“ liegt mit dem „Handbuch Internationale Beziehungen“ nun die zweite, grundlegend überarbeitete und deutlich erweiterte Auflage dieses Standardwerks der Disziplin – auch in gedruckter Form – vor.

*Geändert* hat sich also, wie auf den ersten Blick erkennbar, der Titel des Bandes. Uns schien „Internationale Beziehungen“ doch die geläufigere Bezeichnung für die politikwissenschaftliche Teildisziplin, die sich mit Fragen der internationalen Politik beschäftigt. Die auf dem DVPW-Kongress in Duisburg im September 2015 beschlossene Umbenennung der „Sektion Internationale Politik“ in „Sektion Internationale Beziehungen“ hat uns in dieser schon zuvor getroffenen Entscheidung in Sachen Nomenklatur zusätzlich bestärkt.

*Geblieden* ist die bewährte Dreiteilung des Bandes. Die Abschnitte „I. Grundlagen und Theorien“ und „II. Zugriffe und Methoden“ geben mit ihren Kapiteln einen breit gefächerten Einblick in den Stand der Forschung mit Blick auf die theoretische und method(olog)ische Diskussion in der Disziplin „Internationalen Beziehungen“ (mit großem „I“). Die Kapitel in Abschnitt „III. Akteure und Problemfelder“ beleuchten zahlreiche Facetten des Untersuchungsgegenstands, also der „internationalen Politik“ (mit kleinem „i“).

*Weiter entwickelt* hat sich der Inhalt. Abschnitt I gewährleistet nun einen umfassenderen Überblick über die Bandbreite der IB-theoretischen Diskussion, etwa indem wir Kapitel zum Marxismus oder zu Postkolonialen Studien ergänzen konnten. Auch der Praxistheorie und dem Neuen Materialismus (der durch Alexander Wendts „Quantum Mind and Social Science“<sup>1</sup> zusätzlichen Aufwind bekommen dürfte) haben wir in dieser Auflage eigene Kapitel eingeräumt. In Abschnitt II komplettiert ein Kapitel zu positivistischen Forschungsdesigns den Überblick über Zugriffe und Methoden. So steht den beiden, aus der ersten Auflage bereits bekannten, rekonstruktionslogisch argumentierenden Kapiteln nun ein methodologischer Widerpart gegenüber. Auch Abschnitt III wurde substanziell erweitert und ergänzt, unter anderem durch Kapitel zur Rolle der VN, der EU und der NATO sowie sicherheitspolitisch relevanten Themenfeldern wie Rüstungsdynamik und Rüstungs-

---

<sup>1</sup>Siehe Wendt, Alexander 2015: Quantum Mind and Social Science: Unifying Physical and Social Ontology, Cambridge, S. 146–147.

kontrolle oder Nuklearwaffen. Wir adressieren auf diese Weise einige Leerstellen, die Christoph Weller in seiner Rezension der ersten Auflage zu Recht hervorgehoben hatte.<sup>2</sup>

*Neu* ist das Wesen des Handbuch-Projekts. Bei der vorliegenden gedruckten Fassung handelt es sich nicht mehr, wie noch bei der ersten Auflage, um einen „Sammelband“ im alten Stil. Die gedruckte Fassung ist vielmehr nur ein Schnappschuss, der das fortlaufend online herausgegebene und sich stetig weiter entwickelnde Werk in eine statische Papierform überführt.

Die Vorteile des neuen, primär internetbasierten Handbuch-Prozesses sind zu zahlreich, um sie hier in Gänze aufzulisten. Der größte Vorteil aus Sicht der Autorinnen und Autoren ist sicher, dass kein Beitrag mehr nach Fertigstellung bis zu seinem Erscheinen auf die Komplettierung des gesamten Bandes warten muss. Alle in diesem Buch enthaltenen Kapitel waren sofort, und sind natürlich weiterhin, online abrufbar – und können jederzeit auch online aktualisiert werden. Ihre leichte Auffindbarkeit mittels Suchmaschinen und ihre Verfügbarkeit als einzelne Downloads ist auch für Leserinnen und Leser ein großer Vorteil. Dem Trend zur Online-Publikation, mitsamt unmittelbarer Verfügbarkeit und neuen Möglichkeiten zur Erweiterung und Ergänzung einzelner Kapitel wie auch des Werks als Ganzem,<sup>3</sup> trägt das neue „Handbuch IB“ vollumfänglich Rechnung (denn schon die erste Auflage war im ebook-Format besonders beliebt). Das gedruckte Buch ist damit „nur“ noch eine weitere Form der Publikation, möglicherweise nicht mal mehr die wichtigste.<sup>4</sup> So erklärt sich dann auch die Bedeutung des Einschubs „– auch in gedruckter Form –“ im ersten Satz dieses Editorials.

Auch uns Herausgebern nimmt das neue Redaktionssystem einiges an Organisationsaufwand ab. Ungemein erleichtert hat uns die Arbeit aber vor allem die Unterstützung des Verlags. Dass das deutschsprachige Angebot zu Überblickswerken im Bereich der IB mit dem runderneuerten Handbuch für die interessierte Öffentlichkeit, Studierende sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Fach auf ein neues Niveau gehoben wird, ist nicht zuletzt auch der Verdienst von Yvonne Homann und Daniel Hawig. Ihnen gilt unser großer Dank.

Zu guter Letzt bleibt uns noch, besonders herzlich den Autorinnen und Autoren zu danken. Sie sind, allen technischen Hürden trotzend, den Weg in die

---

<sup>2</sup>Siehe Weller, Christoph 2013: Sammelrezension zu Masala, Carlo, Frank Sauer und Andreas Wilhelm (Hrsg.) unter Mitarbeit von Konstantinos Tsetsos 2010: Handbuch der Internationalen Politik, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften und Woyke, Wichard (Hrsg.) 2011: Handwörterbuch Internationale Politik, 12. Auflage, Opladen & Farmington Hills, MI, Verlag Barbara Budrich, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 54:2, S. 392–395, hier: S. 394.

<sup>3</sup>So steht bereits jetzt fest, dass die Online-Fassung des Handbuchs in naher Zukunft um ein Kapitel zu „Macht“ und eines zur „Außenpolitikanalyse“ ergänzt werden wird. Ein Kapitel zu „Theorie und Praxis der Politikberatung“ ist in Planung. Sollte zukünftig eine weitere Druckfassung produziert werden, würden diese Kapitel dort natürlich Eingang finden.

<sup>4</sup>Siehe Weller, Sammelrezension, S. 395.

Online-Fassung des Handbuchs mitgegangen und füllen mit ihren Beiträgen das Projekt mit Leben.

München  
September 2016

Frank Sauer  
Carlo Masala

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Teil I Grundlagen und Theorien</b> .....	<b>1</b>
<b>Politische Philosophie der Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>3</b>
Manuel Fröhlich	
<b>Weltordnungskonzepte in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>21</b>
Gert Krell und Peter Schlotter	
<b>Die Englische Schule in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>51</b>
Mathias Albert und Thomas Müller	
<b>Liberalismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>75</b>
Andreas Hasenclever	
<b>Marxismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>107</b>
Benno Teschke und Frido Wenten	
<b>Realismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>141</b>
Carlo Masala	
<b>Institutionalismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>177</b>
Siegfried Schieder	
<b>Sozialkonstruktivismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>215</b>
Sebastian Harnisch	
<b>Postkoloniale Studien in den Internationalen Beziehungen: Die IB dekolonisieren</b> .....	<b>233</b>
María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan	
<b>Soziologische Ansätze in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>257</b>
Stephan Stetter	
<b>Genderforschung in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>283</b>
Heike Brabandt	
<b>Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen</b> .....	<b>313</b>
Eva Herschinger und Judith Renner	

<b>Neuer Materialismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	339
Nadine Voelkner	
<b>Pragmatismus in den Internationalen Beziehungen</b> .....	359
Gunther Hellmann	
<b>Praxistheorie in den Internationalen Beziehungen</b> .....	399
Frank Gadinger	
<b>Politische Psychologie in den Internationalen Beziehungen</b> .....	429
Cornelia Frank	
<b>Internationale Politische Ökonomie in den Internationalen Beziehungen</b> .....	465
Ralph Rotte	
<b>Europaforschung in den Internationalen Beziehungen</b> .....	493
Berthold Rittberger und Moritz Weiss	
<b>Strategische Studien in den Internationalen Beziehungen</b> .....	523
Joachim Krause	
<b>Friedens- und Konfliktforschung – Herausforderung für die Internationalen Beziehungen?</b> .....	551
Christoph Weller	
<b>Teil II Zugriffe und Methoden</b> .....	<b>573</b>
<b>Forschungsdesign und positivistische Forschungslogik in den Internationalen Beziehungen</b> .....	575
Dirk Peters	
<b>Rekonstruktive Forschungslogik in den Internationalen Beziehungen</b> .....	597
Benjamin Herborth	
<b>Rekonstruktive Ansätze in den Internationalen Beziehungen und der Weltpolitikforschung: Objektive Hermeneutik und Grounded Theory</b> .....	619
Ulrich Franke und Ulrich Roos	
<b>Quantitative Methoden in den Internationalen Beziehungen</b> .....	641
Constantin Ruhe, Gerald Schneider und Gabriele Spilker	
<b>Qualitative Methoden in den Internationalen Beziehungen</b> .....	665
Holger Janusch, Maria Behrens und Eike Hennig	

<b>Teil III Akteure und Problemfelder</b> .....	<b>687</b>
<b>Staat und internationale Politik</b> .....	689
Hanns W. Maull	
<b>Vereinte Nationen und internationale Politik</b> .....	707
Tanja Brühl	
<b>Europäische Union und internationale Politik</b> .....	733
Daniel Göler	
<b>NATO und internationale Politik</b> .....	757
Matthias Dembinski	
<b>Transnationale Akteure und internationale Politik: Theoretische Forschungsperspektiven und empirische Illustration am Beispiel Nichtregierungsorganisationen</b> .....	779
Andreas Nölke	
<b>Transnationale Organisierte Kriminalität und internationale Politik</b> .....	803
Anja P. Jakobi und Jasmin Haunschild	
<b>Terrorismus und internationale Politik</b> .....	829
Alexander Spencer und Christopher Daase	
<b>Frieden, Krieg und internationale Politik</b> .....	861
Frank R. Pfetsch	
<b>Diplomatie und internationale Politik</b> .....	881
Andreas Wilhelm	
<b>Völkerrecht und internationale Politik</b> .....	899
Robin Geiß und Mina Baghai	
<b>Nuklearwaffen und internationale Politik: Bedeutung, Nichtgebrauch, Proliferation</b> .....	923
Frank Sauer	
<b>Rüstung, Rüstungskontrolle und internationale Politik</b> .....	959
Niklas Schörnig	
<b>Globalisierung, Global Governance und internationale Politik</b> .....	991
Katharina Glaab und Doris Fuchs	
<b>Demokratisierung und internationale Politik</b> .....	1017
Marianne Kneuer	
<b>Entwicklung und internationale Politik</b> .....	1045
Elena Sondermann und Tobias Debiel	

**Wirtschaft und internationale Politik** ..... 1071  
Reinhard Rode und David Kabus

**Umwelt und internationale Politik** ..... 1095  
Markus Lederer

**Medien und internationale Politik** ..... 1119  
Reinhard Wesel

**Religion und internationale Politik** ..... 1149  
Claudia Baumgart-Ochse

---

## Autorinnen und Autoren

**Mathias Albert** Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Bielefeld, Deutschland

**Mina Baghai** Auswärtiges Amt, Berlin, Deutschland

**Claudia Baumgart-Ochse** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main, Deutschland

**Maria Behrens** Fachbereich A – Politikwissenschaft, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, Deutschland

**Heike Brabandt** Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“, Universität Bremen, Bremen, Deutschland

**Tanja Brühl** Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, Deutschland

**María do Mar Castro Varela** Alice Salomon Hochschule, Berlin, Deutschland

**Christopher Daase** Arbeitsbereich Internationale Organisationen, Goethe Universität Frankfurt, Exzellenzcluster „Normative Orders“, Frankfurt am Main, Deutschland

**Tobias Debiel** Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland

**Matthias Dembinski** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main, Deutschland

**Nikita Dhawan** Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, Institut für Politikwissenschaft, Leopold-Franzens-Universität, Innsbruck, Österreich

**Cornelia Frank** FB 03: Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Campus Westend – PEG-Gebäude, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, Deutschland

**Ulrich Franke** Fachbereich 8/InIIS, Universität Bremen, Bremen, Deutschland

**Manuel Fröhlich** Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik, Universität Trier Fachbereich III, Trier, Deutschland

**Doris Fuchs** Zentrum für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, Deutschland

**Frank Gädinger** Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research, Duisburg, Deutschland

**Robin Geiß** Lehrstuhl für Internationales Recht und Sicherheit an der Universität Glasgow, School of Law, Glasgow, Großbritannien

**Katharina Glaab** Department of International Environment and Development Studies, Norwegian University of Life Sciences, NMBU, Ås, Norwegen

**Daniel Göler** Philosophische Fakultät, Universität Passau, Passau, Deutschland

**Sebastian Harnisch** Professur für internationale Beziehungen und Außenpolitik, Institut für Politische Wirtschaft, Universität Heidelberg, Heidelberg, Deutschland

**Andreas Hasenclever** Institut für Politikwissenschaft (IfP), Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

**Jasmin Haunschild** Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig, Braunschweig, Deutschland

**Gunther Hellman** Institut für Politikwissenschaft, Goethe Universität, Frankfurt am Main, Deutschland

**Eike Hennig** Universität des 3. Lebensalters, Goethe Universität, Frankfurt am Main, Deutschland

**Benjamin Herborth** Faculty of Arts, Department of International Relations and International Organization, History and Theory of International Relations, University of Groningen, Groningen, Niederlande

**Eva Herschinger** Department of Politics and International Relations, University of Aberdeen, Aberdeen, Großbritannien

**Anja P. Jakobi** Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig, Braunschweig, Deutschland

**Holger Janusch** Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Engelssprachige Gesellschaften), Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg, Deutschland

**David Kabus** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle, Deutschland

**Marianne Kneuer** Institut für Sozialwissenschaften, Universität Hildesheim, Hildesheim, Deutschland

**Joachim Krause** Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Kiel, Deutschland

**Gert Krell** Institut für Politikwissenschaft im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, Deutschland

**Markus Lederer** Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt, Münster, Deutschland

**Carlo Masala** Institut für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

**Hanns W. Maull** Universität Trier, Berlin, Deutschland

**Thomas Müller** Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Bielefeld, Deutschland

**Andreas Nölke** Institut für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt, Frankfurt am Main, Deutschland

**Dirk Peters** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main, Deutschland

**Frank R. Pfetsch** Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Heidelberg, Deutschland

**Judith Renner** Technische Universität München, TUM School of Education, München, Deutschland

**Berthold Rittberger** Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Deutschland

**Reinhard Rode** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle, Deutschland

**Ulrich Roos** Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

**Ralph Rotte** Institut für Politische Wissenschaft, RWTH Aachen, Aachen, Deutschland

**Constantin Ruhe** Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Zukunftskolleg, Fach 216, Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland

**Frank Sauer** Institut für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

**Siegfried Schieder** Fachbereich 2/Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt, Darmstadt, Deutschland

**Peter Schlotter** Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, Heidelberg, Deutschland

**Gerald Schneider** Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Graduate School of Decision Sciences, Fach 86, Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland

**Niklas Schörnig** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main, Deutschland

**Elena Sondermann** Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Universität Duisburg-Essen, Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg, Deutschland

**Alexander Spencer** Institut für Gesellschaftswissenschaften, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, Magdeburg, Deutschland

**Gabriele Spilker** Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Salzburg, Salzburg, Österreich

**Stephan Stetter** Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

**Benno Teschke** Department of International Relations, School of Global Studies, University of Sussex, Brighton, Großbritannien

**Nadine Voelkner** Faculty of Arts, History and Theory of International Relations – Chair Group, University of Groningen, Groningen, Niederlande

**Moritz Weiss** Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Deutschland

**Christoph Weller** Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

**Frido Wenten** Department of Development Studies, School of Oriental and African Studies, University of London, London, Großbritannien

**Reinhard Wesel** Institut für Politikwissenschaft, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg, Deutschland

**Andreas Wilhelm** Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen, Deutschland

---

**Teil I**

**Grundlagen und Theorien**

---

# Politische Philosophie der Internationalen Beziehungen

Manuel Fröhlich

---

## Zusammenfassung

Der Beitrag skizziert die Relevanz der politischen Philosophie für die Disziplin der Internationalen Beziehungen. Dazu werden einige Grundlagen einer solchen Philosophie für Phänomene jenseits staatlicher verfasster Gemeinwesen bestimmt sowie einige wesentliche Stationen und Traditionen der Ideengeschichte des Nachdenkens über internationale Zusammenhänge benannt. Das Fazit fragt nach dem Potenzial und dem Beitrag, den die politische Philosophie zum besseren Verständnis von internationalen, transnationalen und globalen Problemen leisten kann.

---

## Schlüsselwörter

Theorie • Philosophie • Ethik • Idealismus • Realismus

## Inhalt

1	Einleitung und Grundlagen .....	3
2	Positionen und Stationen der politischen Philosophie internationaler Politik .....	6
3	Fazit und Ausblick: Aktuelle Probleme im Lichte der politischen Philosophie .....	12
	Literatur .....	16

---

## 1 Einleitung und Grundlagen

Das Nachdenken über Wirkzusammenhang, Legitimität, Ziel, Zweck und Geltungsanspruch der Politik ist nicht auf die Frage nach der rechten Staatsform oder der Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit in nationalen Grenzen beschränkt.

---

M. Fröhlich (✉)

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik, Universität Trier Fachbereich III, Trier, Deutschland

E-Mail: [froehlich@uni-trier.de](mailto:froehlich@uni-trier.de)

Gerade im Zeitalter der Globalisierung wird die Frage nach der Ordnung, Begründung und Kritik des Politischen im zwischenstaatlichen aber auch globalen Kontext relevant. In einer Situation, in der die Frage ansteht, ob die etablierten Grundbegriffe von Staat und Politik (u. a. das Verständnis von Souveränität, Macht, Krieg, Frieden) die Realität noch angemessen fassen können, kommt der politischen Philosophie besondere Bedeutung zu. Ihr Ort muss jedoch in mehrfacher Hinsicht genauer bestimmt werden.

Eine erste Orientierung bietet dabei die Etikettierung „klassischer Ansatz“ im Sinne einer wesentlich auf der politischen Philosophie beruhenden Analyse internationaler Politik. Hedley Bull (1932–1985) definiert den klassischen Ansatz als „(. . .) the approach to theorizing that derives from philosophy, history, and law, and that is characterized above all by explicit reliance upon the exercise of judgment and by the assumptions that if we confine ourselves to strict standards of verification and proof there is little of significance that can be said about international relations, that general propositions about this subject must therefore derive from a scientifically imperfect process of perception and intuition, and that these general propositions cannot be accorded anything more than the tentative and inconclusive status appropriate to their doubtful origin“ (Bull 1966, S. 361). Den Gegensatz zum klassischen Ansatz stellt danach ein im engeren Sinne sozialwissenschaftlicher Ansatz dar, bei dem sich die Analyse internationaler Politik auf messbare Variablen konzentriert mit deren Hilfe Kausalitäten mit geradezu mathematischer Bestimmtheit errechnet und bestimmt werden können. Bull wendet sich strikt gegen einen solchen Ansatz, da sich die Realität internationaler Politik nicht in die für solch präzise Messungen notwendigen Laborbedingungen pressen ließe. Der „fetish for measurement“ (Bull 1966, S. 372), den er Teilen der sozialpsychologisch und behaviouralistisch orientierten Sozialwissenschaft der 1950er- und 1960er-Jahre unterstellt, resultiere in einem Zerrbild der internationalen Politik. Die quasi-naturwissenschaftliche „Auflösung“ politischer Prozesse mittels quantitativer Methoden stelle eine zwar verlockende, letztlich aber unangemessene Reduktion dar (vgl. zur Debatte die Beiträge von Constantin Ruhe, Gerald Schneider und Gabriele Spilker sowie von Holger Janusch, Maria Behrens und Eike Hennig in diesem Band). Der Rekurs auf die Philosophie, die Geschichte und die Rechtswissenschaft könne dagegen vielleicht keine ultimativen Gewissheiten, Ergebnisse und Prognosen hervorbringen – dem Verständnis der internationalen Politik sowie den Wahrnehmungen und Entscheidungsoptionen politischer Akteure komme er jedoch erheblich näher. Ein solch „klassischer“ Ansatz setzt auf hermeneutische Methoden (vgl. dazu die Beiträge von Benjamin Herborth sowie von Ulrich Franke und Ulrich Roos in diesem Band) sowie die Nutzung philosophischer und historischer Wissensbestände. Das „Verstehen“ internationaler Politik erhält dabei Vorrang vor dem (vermeintlichen) „Erklären“. Gegen den vornehmlich in den USA entwickelten sozialwissenschaftlichen Ansatz einer „amerikanischen Tradition“ stellt Bull den klassischen Ansatz als Signum einer „englischen Tradition“. Repräsentiert wird diese Tradition durch teils sehr unterschiedliche Vertreter der „Englischen Schule“ (vgl. Dunne 1998; Daase 2003; Buzan 2014). einem losen Sammelbegriff für Wissenschaftler, dessen Ursprung im *British Committee on the Theory of International Politics* der 1950er-Jahre liegt

und deren Arbeiten seit den 1990er-Jahren wieder erhöhte Aufmerksamkeit finden (siehe den Beitrag „Die Englische Schule in den Internationalen Beziehungen“ in diesem Band. Die Bedeutung politischer Philosophie für die internationale Politik beginnt jedoch nicht erst mit der „Englischen Schule“. Ihre Vertreter haben allerdings Positionen formuliert, die weitere Orientierung geben.

So findet sich ein zweiter Anhaltspunkt in Martin Wights (1913–1972) Begriff der „*international theory*“ die – ähnlich dem „klassischen Ansatz“ Bulls – wesentlich auf die politische Philosophie zurückgreift. Wight geht zunächst von der politischen Theorie aus, die sich seit Menschengedenken mit den Fragen des rechten Gemeinwesens, der besten Staatsform und des guten Lebens beschäftigt habe. „Theorie“ heißt für Wight dabei vor allem Ideengeschichte – also die Vergewisserung von Autorinnen und Autoren bzw. Argumenten der Vergangenheit, die Klärung des Ursprungs und Bedeutungsgehaltes von Begriffen sowie die Frage nach Traditionslinien des Denkens und der Wirkungsgeschichte politischer Ideen. Ist die „*political theory*“ auf das Leben im Staat fokussiert, so ist „*international theory*“ für Wight insofern ein Zwillingsbegriff, als dass diese sich auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und die auswärtige Politik bezieht. Im Gegensatz zur „*political theory*“ ist die Frage der kanonischen Schriften oder des einigermaßen gesicherten Wissensbestandes bei der „*international theory*“ jedoch um einiges problematischer. Ihr Material sei „*scattered, unsystematic, and mostly inaccessible to the layman*“ (Wight 1995, S. 19), weshalb sich sogar fragen lasse, ob es so etwas wie „*international theory*“ überhaupt gebe. In jedem Fall findet die Beschäftigung mit den Ideen von Ordnung und Stabilität oder Konflikt und Kooperation im internationalen Bereich nach Wight in einem anderen Koordinatensystem statt als im nationalen Bereich. Während er die klassische „*political theory*“ als „*theory of the good life*“ bezeichnet, könne es bei der „*international theory*“ allenfalls um eine „*theory of survival*“ (Wight 1995, S. 32) gehen. Wie bei der „*political theory*“ ist es für Wight jedoch die Ideengeschichte, in der sich Material und Methode zugleich finden lassen. Neben der Durchmusterung der philosophischen Ideen vergangener Jahrhunderte schließt er dabei auch und gerade die Reden, Memoiren oder sonstiger Äußerungen von handelnden Personen aus Regierung und Diplomatie in die zur Verfügung stehende Materialsammlung ein. Von daher erschließt sich Wights Definition: „*International theory is the political philosophy of international relations*“ (Wight 1991, S. 1). In Wights Worten findet sich dabei eine nicht untypische, beinahe synonyme Verbindung der Begriffe internationaler „Philosophie“ und „Theorie“. Ihre Abgrenzung fällt tatsächlich schwer und ist häufig unscharf. „Theorie“ scheint dabei der allgemeinere Begriff zu sein, da hierunter beinahe jede Art der Reflektion internationaler Politik gefasst werden kann (vgl. auch Cox 1962). Die meisten „Theorien“ der internationalen Politik gründen jedoch unabhängig von ihrer thematischen, sektoralen oder historischen Eingrenzung auf philosophische Grundannahmen über Mensch, Staat oder internationales System, die in der Regel auf klassische Referenzpunkte und gedankliche Wurzeln in der politischen Ideengeschichte bezogen werden können.

In diesem Kontext ergibt sich auch eine dritte Orientierung zur Bedeutung der politischen Philosophie für die internationale Politik: Sie ist vorrangig und unver-

meidbar mit normativen Fragestellungen verknüpft. Ihr geht es nicht um eine bloß formale Vergewisserung der Begriffe im Laufe der Zeit, sondern – als praktische Philosophie – um ethisches Wissen in einem Teilbereich menschlichen Handelns, das zwischen den Polen Krieg und Frieden immer noch nicht mit jener Grundsicherheit unterlegt ist, die die Herausbildung des Staates (bei allen Qualifizierungen) durch Rechtssicherheit und die Organisation des Gewaltmonopols innerhalb einer Gesellschaft mit sich gebracht hat. Für Stanley Hoffmann (1987) ist gerade die Abwesenheit einer letztinstanzlichen Autorität, konsistenter Verhaltensnormen und einer mit Durchsetzungsmacht bewehrten Rechtsordnung der Grund für die unumgängliche Beschäftigung mit den Normen in der internationalen Politik, da diese weder als konsensual noch als beständig vorausgesetzt werden können. Mehr noch: Anders als im innerstaatlichen Bereich kann sich eine politische Philosophie internationaler Politik weder auf die unterstellte noch artikulierte Meinung *einer* Gesellschaft stützen. Sie muss vielmehr mit einer Pluralität von Interessen, kulturellen Deutungsmustern, institutionellen Präferenzen und historischen Erfahrungen umgehen, die sich allenfalls ansatzweise zu einer verfassten Weltgesellschaft fügen. Dass es bei diesem Unterfangen nicht um ultimative, überzeitlich gültige Lösungen, fest gesichertes Wissen oder die Einsicht in Wesen und Natur der Dinge internationaler Politik gehen kann, ist ebenso offensichtlich wie die politische Relevanz dieses Unterfangens. Die Suche nach allgemeinen Prinzipien politischer Ordnung im internationalen Bereich sowie die Erhellung der spezifischen Rationalität der Politik zwischen Staaten hat von daher immer wieder neue Anregung und Ernüchterung gefunden, ohne dass eine eindeutige oder gar lineare Entwicklung festzustellen wäre.

---

## 2 Positionen und Stationen der politischen Philosophie internationaler Politik

Im Rahmen dieses knappen – notwendig lückenhaften – Abrisses kann es nur um eine sehr grobe Skizze gehen, in der einige wesentliche Argumente und Entwicklungen markiert werden sollen.<sup>1</sup>

Die politische Philosophie der internationalen Politik nimmt ihren Ausgang in besonders prägnanter Weise bei Thukydides (460–400 v. Chr.) und dessen Schilderung des Peloponnesischen Krieges. Ihm geht es weniger um die historische Vergegenwärtigung der Ereignisgeschichte, sondern um die Hervorhebung spezifischer Gesetzmäßigkeiten, denen die politisch Handelnden unterliegen. Im Melier-Dialog

---

<sup>1</sup>Zur weiteren Orientierung sei hier stellvertretend auf eine Reihe von Überblicksdarstellungen zur politischen Philosophie der Internationalen Beziehungen (Hinsely 1963; Volkmann-Schluck 1974; Parkinson 1977; Beitz 1979; Linklater 1982; Donelan 1990; Williams 1992; Kauppi/Viotti 1992; Yost 1994; Thompson 1994; Booth/Smith 1995; Der Derian 1995; Pijl 1996; Bellers 1996; Knutsen 1997; Doyle 1997; Czempiel 1998; Chwaszcza/Kersting 1998; Boucher 1998; Griffiths 1999; Menzel 2001; Krell 2003; Shapcott 2004; Ashworth 2014) sowie auf einschlägige Textsammlungen und Anthologien verwiesen (Luard 1992; Williams/Goldstein/Shafritz 1994; Clark/Neumann 1996; Brown/Nardin/Rengger 2002).

zwischen den mit Sparta im Kriegszustand befindlichen Athenern und den in dieser Auseinandersetzung neutral agierenden Bewohnern der kleinen Insel Melos zeigen sich sowohl das expansiv vorgehende Athen als auch die defensiv ausgerichteten Melier von den Gesetzmäßigkeiten der Macht bestimmt, wie sie – so nicht zuletzt das Argument der Athener – die „internationale“ Politik nun einmal bestimmten: Insbesondere in einer Kriegssituation gehen Nutzen und Vorteil über Gerechtigkeit, Sicherheit über Freiheit und Stärke über Moral. Neutralität ist in einer solchen Situation nicht möglich: Die Schwachen können sich nicht darauf verlassen und die Starken können sie nicht zulassen. Herrschaft und Zwang sind Mittel der Überlebenssicherung: „Wir haben dies Gesetz weder gegeben noch ein vorgegebenes zuerst befolgt, als göltig überkamen wir es, und zu ewiger Geltung werden wir es hinterlassen, und wenn wir uns daran halten, so wissen wir, dass auch ihr und jeder, der zur selben Macht wie wir gelangt, ebenso handeln würde“ (Thukydides 1991, S. 436). Thukydides legt den Grundstein für die Vorstellung, dass eine politische Philosophie, zumindest aber eine politische Ethik im Bereich der internationalen Politik anders auszusehen hat als im innerstaatlichen oder gar zwischenmenschlichen Bereich. Die Zwanghaftigkeit einer Situation, die seit einigen Jahrzehnten als „Sicherheitsdilemma“ diskutiert wird, skizziert er in deutlichen Worten. Und doch wäre eine Lesart seines Werkes, die ihn zum Wortführer einer allein machtorientierten, „realistischen“ Position machen würde, zu kurz gegriffen. Der Melier-Dialog, in dem die Melier bei allem Ringen um Einsehen und Gnade ihre Vernichtung nicht aufhalten können, ist unmittelbar vor dem Bericht über Athens verhängnisvolle Expedition nach Sizilien positioniert. Unter dem Zwang, ihre prekäre Machtposition beständig unter Beweis zu stellen, überdehnt die kurzfristig dominante und unaufhaltsame Seemacht ihre Kräfte. In der schlussendlichen Niederlage findet Athen zu seinem Schutz nur noch die Trümmer einer Rechtsordnung, die es selbst in Melos mit zerstört hatte. Die Bedeutung von Diplomatie und Völkerrecht wird in diesem Sinne auch bei Thukydides unterstrichen.

Die Frage, wann der Einsatz von Gewalt gerechtfertigt oder gar geboten sein könnte, stellt sich für Aurelius Augustinus (345–430 n. Chr.) nach der Plünderung Roms durch die Westgoten im Jahre 410 auf ganz andere Weise. Konfrontiert mit dem Vorwurf, der Niedergang Roms sei durch das Christentum zumindest mitverschuldet worden, unterscheidet er zwischen *civitas dei* und *civitas terrena* – zweier Reiche mit unterschiedlichem Erfahrungs- und Geltungsgrund. Im Erdenreich verfangen ist das Ziel des Friedens nur vorläufig und flüchtig zu erreichen; wahrer Friede ist letztlich nur im Reich Gottes möglich (vgl. u. a. Buchheim 1993; Geerlings 1997). Neben einer tiefgeschichteten Ontologie des Friedens beschäftigt sich Augustinus auch mit der Frage, ob es denn im Reich des Irdischen mit seinem beständigen Kampf zwischen Gut und Böse auch Situationen geben könnte, in denen der Einsatz von Gewalt und kriegerischen Mitteln unumgänglich sei. Verbunden mit diesem allgemeinen Problem ist für Augustinus die konkrete Frage, ob es einem Christen erlaubt sei, Militärdienst zu leisten. Ausgehend von einer Friedensvorstellung, die die ruhende, ausgeglichene Ordnung der Dinge in ihr Zentrum setzt, können für ihn Störungen dieser Ordnung als Störungen des Friedens betrachtet werden, der ggf. nur durch eine Korrektur bzw. Zurücknahme dieser Störung

wiederhergestellt werden kann. Ein „gerechter“ Krieg ist mithin auf den Frieden als Ziel verpflichtet. Weitere Kriterien des „gerechten Krieges“ fasst Thomas von Aquin (1225–1274), unter Berufung auf Augustinus, als *auctoritas principis* (die Erklärung des Krieges durch eine legitime Autorität), als *causa iusta* (die Kriegsführung aus legitimem Grund) und schließlich als *recta intentio* (die legitime Absicht der Kriegsführung zur Wiederherstellung des Friedens) zusammen. Mit diesen drei Kriterien verbunden ist die Forderung nach *debitus modus*, d. h. dem Einsatz angemessener Mittel in der Kriegsführung. Wirkmächtig wie diese Lehre des gerechten Krieges auch war, so ist sie nicht nur mit dem Aufbrechen eines einheitlichen normativen Rahmens und Maßstabes im Rahmen der Glaubensspaltung mit erheblichen Problemen behaftet. Der *bellum iustum ex utraque parte*, in dem die verfeindeten Parteien beide gleichermaßen das Recht auf ihrer Seite sehen, nimmt der Argumentation ihre Orientierungskraft.

In diese politische wie gedankliche Lücke stößt – geschult an antiken Erfahrungen und hervorgehoben als Repräsentant der Renaissance – zunächst Niccolò Machiavelli (1469–1527). Ihm ist es unter gewandelten Bedingungen um das rechte Verständnis und die erfolgreiche Handlungsanleitung im inner- und zwischenstaatlichen Bereich zu tun. Aufbauend auf dem durch Francesco Guicciardini (1483–1540) geprägten Begriff der Staatsräson plädiert er für die Etablierung eines durchsetzungsfähigen Gemeinwesens, das sich in den unsicheren Zeitläuften der italienischen Renaissance mit ihrem Wettbewerb der Stadtstaaten sowie permanenter Interventionen durch die Großmächte behaupten kann. Machiavelli unterscheidet Monarchien und Republiken nach ihrem außenpolitischen Verhalten und ihrer Handlungsfähigkeit; gemein sei ihnen jedoch das nach ihren Interessen und Möglichkeiten verfolgte Ziel, innerhalb eines Systems unterschiedlicher Mächte ihren Platz zu sichern (vgl. u. a. Link 1988; Münkler 1996). Allianzen oder gar Föderationen mögen sich je nach Situation dazu ebenso eignen, wie für andere Situationen imperiale Politik angemessen sei. Krieg wird für Machiavelli zu einem unvermeidbaren Mittel der Politik. Dies ist einerseits einem durch stark pessimistische Züge und persönliche Erfahrungen in der damaligen Politik bestimmten Menschenbild geschuldet. Andererseits ist es die Konsequenz einer Entwicklung, in der eine übergreifende Ordnungs- oder Wertevorstellung im Sinne eines Universalreiches christlicher Prägung, wie es noch Dante Alighieri (1265–1321) postulierte, nicht mehr erreichbar scheint. Wights Bestimmung der „international theory“ als einer „theory of survival“ mag hier ihre deutlichste Illustration finden, wobei sich bei Machiavelli das politische Handeln insgesamt (d. h. im Inneren wie im Äußeren) von den moralischen Grundsätzen früherer Jahrhunderte emanzipiert – freilich ohne ethische Überlegungen grundsätzlich auszuschließen.

Eine andere Antwort als Machiavelli gibt der Niederländer Hugo Grotius (1583–1645). Oftmals als „Vater des Völkerrechts“ apostrophiert (vgl. dazu Grewe 1984; Bull et al. 1992), gilt er als Exponent der Betonung einer Rechts- und Verfahrensordnung in den internationalen Beziehungen. Auch er kennt die Denkfigur des „gerechten Krieges“, die bei ihm jedoch eher im Sinne der Wiederherstellung eines Rechts- bzw. Friedenszustandes und nicht durch ideologische oder religiöse Gründe gerechtfertigt wird. Die Zeitgenossenschaft zum dreißigjährigen Krieg zeigt

bei ihm deutliche Wirkungen. Mit seiner Betonung vertraglicher Bindungen der Staaten untereinander sowie schiedsähnlicher Verfahren der Streitschlichtung, erweitert Grotius die Interaktionsformen der Staaten und Völker: Sie bilden eine internationale Gesellschaft, deren konstitutives Element die Zugehörigkeit zu einer verbindenden Idee des Rechts und der Gerechtigkeit darstellt. In seiner Suche nach einer Position zwischen der Idee des Universalreiches einerseits und der Vorstellung ungebundener und absoluter, einzelstaatlicher Souveränität andererseits kommt Grotius dem nahe, was Hedley Bull (2002) die „anarchische Gesellschaft“ in der internationalen Politik genannt hat. Das Völkerrecht als Toleranzordnung, wie es sich im Westfälischen Frieden äußert, tritt also in die normative Lücke, die durch die Auflösung der Vorstellung eines einheitlichen Universalreiches entstanden war. Dies rührt nicht nur aus dem Streit zwischen Katholizismus und Protestantismus, sondern auch aus der Erfahrung des Kontaktes mit außereuropäischen Kulturen, deren Platz in einer universalen, globalen Rechtsordnung bereits von Francisco de Vitoria (1492–1546) und Francisco Suárez (1548–1617) thematisiert wurde.

Die Ansätze zu einer internationalen Gesellschaft, wie sie sich bei Grotius finden und im Anschluss an John Locke (1632–1704) weiter ausgestalten lassen, konnte Thomas Hobbes (1588–1679) als Zeitgenosse des Grotius nicht erkennen. Er liefert mit seiner Grundlegung der neuzeitlichen Vertragstheorie, die vor dem Hintergrund des englischen Bürgerkrieges auf die Herstellung innerstaatlichen Friedens zielte, auch einige Argumente für die zwischenstaatlichen Beziehungen (vgl. u. a. Williams 1996; Hüning 2000). Die Sphäre der internationalen Politik wäre demnach strukturell mit dem Naturzustand vor Begründung des Staates zu vergleichen. Ebenso wie die Individuen im Naturzustand sind nunmehr die Staaten in einem Wettbewerb um knappe Güter in ihrer Ruhmsucht und gegenseitigem Misstrauen verfangen. Der latente Bürgerkrieg wird zum latenten Weltkrieg aller gegen alle. Angesichts der rückhaltlosen Übertragung und Konzentration jeglicher Herrschaftsgewalt auf eine friedenssichernde Instanz im Staate, den *Leviathan*, dessen Autorität im Inneren nicht relativiert oder hinterfragt werden darf, ist die Vorstellung einer Reglementierung dieser Autorität in seinen auswärtigen Beziehungen grundsätzlich problematisch. Die mögliche institutionelle Antwort auf Furcht und Bedrohung zwischen den Staaten (Einrichtung eines „Welt-Leviathans“) findet hier schon ihre Grenze, da durch eine solche Autorität der bereits erzielte Befriedungszustand im Inneren des Staates für Hobbes zumindest in Frage gestellt wäre. Zudem sieht er die prinzipielle Gleichheit (und damit vor allem gleiche Verwundbarkeit) der Menschen im Naturzustand, die den einigenden Impuls zum Vertragsschluss gab, im zwischenstaatlichen Zustand nicht gegeben: Staaten seien objektiv unterschiedlich in Größe, Stärke und Reichtum. Auch bei Hobbes sind Verträge möglich – ohne Durchsetzungsinstanz jedoch höchst fragil. Das vornehmste Recht des Leviathans, seine Bürger zu schützen, kann ihm in einer solchen Perspektive nur schwer genommen werden. Selbsterhaltung und Sicherheitsstreben stehen im Vordergrund. Hobbes bietet eine Grundlage, zwischenstaatliche Beziehungen und ihre Befriedung analog zur innerstaatlichen Situation zu denken. Gleichzeitig verschließt jedoch seine Souveränitätskonstruktion den Weg zum Weltstaat. Die Suche nach alternativen Modellen zur Friedens-

sicherung stellt eine weitere Traditionslinie der politischen Philosophie internationaler Politik dar.

Beginnend mit Erasmus von Rotterdam und seiner „Querela Pacis“ (1517) über William Penns „Essay Toward the Present and Future Peace of Europe“ (1693) oder das „Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe“ (1729) des Abbé de Saint-Pierre bis hin zu der wohl artikuliertesten Ausformung in Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) bietet die politische Philosophie eine Reihe von Beispielen so genannter Friedensrufe oder Friedenspläne (vgl. u. a. Raumer 1953; Böttcher 2014). In ihnen finden sich mannigfaltige Friedensstrategien: von der Idee kollektiver Sicherheit über die Stärkung der Schiedsgerichtsbarkeit bis hin zum Plädoyer für die friedensfördernde Wirkung des internationalen Handels. Kant (1724–1804), der sich in seiner Vertragslehre deutlich an Hobbes anlehnt, geht über diesen hinaus, indem er als „negatives Surrogat“ eines (aus mehreren Gründen) nicht anzustrebenden Weltstaates einen „Föderalismus freier Staaten“ (Kant 1983, S. 208) fordert (vgl. u. a. Fröhlich 1997; Kant 2011). Dieser Staatenbund steht einerseits in der Tradition der teils sehr konkreten institutionellen Überlegungen bei Penn und dem Abbé de Saint-Pierre. Kant beschäftigt sich jedoch weniger mit der konkreten Beschreibung der Verfahrens- und Institutionenkunde eines solchen Bundes. Die Forderung nach einem Staatenbund im zweiten Definitivartikel seiner Schrift ist Teil einer umfassenden Strategie der Friedensförderung durch das Recht, die er in insgesamt drei Definitivartikeln entfaltet und die Politik wesentlich als „ausübende Rechtslehre“ akzentuiert (Gerhardt 1995, S. 156) akzentuiert. Eine solche Friedensstrategie muss demnach neben der im zweiten Artikel behandelten Dimension des Völkerrechts auch die Ebene des Staatsrechts (erster Definitivartikel) und des Weltbürgerrechts (dritter Definitivartikel) umfassen. Mit seiner Forderung nach republikanischer Regierungsart als einer Bedingung des Friedens markiert Kant in bemerkenswerter Deutlichkeit eine Position, nach der die innere Verfasstheit eines Staates mit seinem äußeren Verhalten verknüpft ist. Republikanisierung wird bei Kant zur Friedensstrategie, da die Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen an der Entscheidung über Krieg und Frieden strukturell zu eher defensivem Verhalten führe. Im Gegensatz zum Abenteuerrium einzelner Herrscher und Fürsten, für die die Entscheidung zum Kriege nicht viel mehr als eine „Lustpartie“ darstellen mag, überlegten sich die Betroffenen sehr wohl, „ob sie ein solch schlimmes Spiel“ (Kant 1983, S. 206) anfangen würden. Völkerbund und republikanische Regierungsart müssen nach Kant jedoch noch durch die Ebene des Weltbürgerrechts ergänzt werden. Dieses formuliert Kant als Hospitalitätsrecht; in seiner Begründung kann man jedoch unschwer eine Keimzelle der modernen Vorstellung universaler Menschenrechte erkennen: „Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine fantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt und so zum ewigen Frieden, zu den man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf“ (Kant 1983,

S. 216–217). Nur unter gleichzeitiger Verfolgung der drei genannten Dimensionen und bei Beachtung der in den Präliminarartikeln der Schrift festgelegten negativen Bedingungen des Friedens ist Friedenspolitik möglich. Friede ist kein statischer Zustand, sondern ein dynamischer Prozess: Er muss gestiftet werden und bedarf der kontinuierlichen „Arbeit“. Die Wirkungsgeschichte von Kants Schrift, etwa in der Form der Übernahme seiner Gedanken durch Woodrow Wilson (1856–1924) beim Aufbau des Völkerbundes, gehört zu den konkretesten Manifestationen des Verhältnisses von Philosophie und internationaler Politik. Das Versagen des Völkerbundes, aber auch die Aktualisierung einiger seiner philosophischen Grundlagen in Gestalt der Vereinten Nationen illustriert (mit ihren Erfolgen und Misserfolgen) das Spannungsfeld von gegenseitiger Anregung und Ernüchterung zwischen Philosophie und internationaler Politik.

In der Summe scheint die Beständigkeit der Fragen höher als die der jeweiligen Antworten der politischen Philosophie internationaler Politik. Zudem schließen sich die einzelnen Autoren und Argumente nicht selten gegenseitig aus. Wight, der die Bedeutung von „international theory“ keineswegs unterschätzen will, sieht gleichwohl nur eine „limited range of ideas“ (Wight 1991, S. 5), die immer wieder neu auf das „same old melodrama“ (Wight 1995, S. 25) internationaler Politik bezogen werden könne und das Verhalten von Staaten wie Politikern bestimme. Seine Unterscheidung von Denktraditionen unternimmt den Versuch, den einfachen Antagonismus zwischen „Idealismus“ und „Realismus“ in den internationalen Beziehungen aufzulösen. Laut Wight eröffnet vielmehr der Blick auf drei, in unterschiedlichem Mischungsverhältnis über die Zeit bestehende Denkströmungen einen angemessenen Blick auf die internationale Politik. Im Anschluss an die kurz skizzierten Stationen der Ideengeschichte spricht Wight von Realismus (ein Denkansatz mit dem Stammvater Thomas Hobbes), Rationalismus (Hugo Grotius) und Revolutionismus (Immanuel Kant). Diese Unterscheidung stützt sich auf jeweils andere Inhalte und Perspektiven der einzelnen Denkrichtungen mit Blick auf die entscheidenden Akteure und Fragestellungen der internationalen Politik. So steht der Betonung substaatlicher, gesellschaftlicher oder gar individueller Akteure im Revolutionismus konsequenterweise die Zielperspektive der Weltgesellschaft zur Seite – er argumentiere also häufig ethisch oder präskriptiv. Der Realismus betont hingegen die dominante Stellung von Staaten als entscheidenden Akteuren innerhalb eines Systems, das Elemente des Hobbesschen Naturzustandes aufweist – er argumentiere soziologisch. Der analytische Brennpunkt der im Anschluss an Grotius entwickelten rationalistischen Schule liegt mit der internationalen Gesellschaft in gewisser Weise zwischen den beiden anderen Denkströmungen – er argumentiere teleologisch. Bei Hedley Bull (2002) ist dieses Spannungsverhältnis nochmals zugespitzt als „*anarchical society*“ ausbuchstabiert. Abseits einiger nicht unerheblicher Unschärfen (unter Revolutionismus bzw. Universalismus und Idealismus finden sich nach Wight so verschiedene Vertreter wie Rousseau, Stalin, Hitler, Marx oder Kant) bieten die drei Traditionen ein umfassendes heuristisches Modell, um die verschiedenen Manifestationen, Konstellationen und Ausprägungen internationaler Politik zu systematisieren. Dieses Modell kann zudem noch mit einer Dreiteilung verbunden werden, die Kenneth Waltz (aus „neorealistischer“ Perspektive kommend) als

die drei „*Images*“ internationaler Politik bezeichnet hat und die er ebenfalls aus der Beschäftigung mit der politischen Philosophie internationaler Politik ableitet (Waltz 2001; vgl. dazu den Beitrag „Realismus in den Internationalen Beziehungen“ in diesem Band). Die „*Images*“ zeichnen sich dabei erstens durch den Blick auf menschliches Verhalten, zweitens durch den Blick auf die Verfasstheit von Staaten und drittens durch die Betrachtung der Struktur des internationalen Systems aus. Diese Unterscheidung bietet ebenfalls ein sinnvolles Ordnungsmuster für die unterschiedlichen Argumentationsweisen der politischen Ideengeschichte hinsichtlich des Spannungsverhältnisses von Konflikt und Kooperation. Der Charme der Waltzschen „*Images*“ liegt dabei nicht zuletzt in dem Umstand, dass die drei Bilder nicht notwendigerweise mit der gleichen „philosophischen Brille“ betrachtet werden müssen, sondern unterschiedliche Interpretationsmuster miteinander verbunden werden können. Weit davon entfernt, der Fülle und dem Detailreichtum der politischen Philosophie internationaler Politik gerecht zu werden, bieten die drei Traditionen nach Wight und die drei Bilder nach Waltz gleichwohl ein mögliches Koordinatensystem zur Verortung gegenwärtiger Probleme internationaler Politik.

---

### 3 Fazit und Ausblick: Aktuelle Probleme im Lichte der politischen Philosophie

Wight sah den Nutzen der politischen Philosophie (bzw. Theorie in seiner Definition) nicht zuletzt in der Erkenntnis, dass viele vermeintlich neuartige und aussergewöhnliche Herausforderungen der internationalen Politik gar nicht so neu und außergewöhnlich sind, wie es dem jeweiligen Zeitgenossen erscheinen mag: „One of the main purposes of university education is to escape from the *Zeitgeist*, from the mean, narrow, provincial spirit which is constantly assuring us that we are at the peak of human achievement, that we stand on the edge of unprecedented prosperity or an unparalleled catastrophe; that the next summit conference is going to be the most fateful in history or that the leader of the day is either the greatest, or the most disastrous, of all time. It is a liberation of the spirit to acquire perspective, to recognize that every generation is confronted by problems of the utmost subjective urgency, but that an objective grading is probably impossible; to learn that the same moral predicaments and the same ideas have been explored before. One need read very little in political theory to become aware of recurrences and repetitions.“ (Wight 1991, S. 6). Tatsächlich lassen sich einige Traditionslinien politischen Denkens erkennen, bei denen unter gewandelten äußeren Bedingungen eigentlich immer wieder dieselben Fragen und Probleme behandelt werden. Und doch wandelt die jeweilige Aktualisierung auch ihrerseits die Tradition; Politik und Theorie stehen im Dialog, der aufrechterhalten, abgebrochen, aber auch weiterentwickelt werden kann. Selbst eingedenk Wights Warnung vor der Kurzsichtigkeit der Zeitgenossenschaft kommt man nicht umhin, viele der mit „Globalisierung“ beschriebenen Prozesse als doch recht fundamentale Erscheinungen wenn nicht der Krise, so doch des Wandels, zu deuten (vgl. u. a. Teusch 2003; Niederberger und Schink 2011). Die Bedeutung politischer Philosophie ist dabei nicht auf die bloße Variation der Wightschen

Traditionen angewiesen. Vielmehr sind zwei seiner Kernaussagen zum Wesen der „international theory“ in Frage gestellt.

Zum einen hat die Wandlung oder Relativierung staatlicher Souveränität sowie die Auflösung der Unterscheidung von Innen und Außen im Politischen auch eine theoretische Konsequenz: Die von Wight unterstellte Trennung der „*political theory*“ von der „*international theory*“ ist so nicht mehr aufrecht zu halten. Jüngere philosophische Auseinandersetzungen um die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit kosmopolitischer Demokratie oder einer wie auch immer gearteten Weltrepublik (vgl. u. a. Archibugi und Held 1995; Höffe 1999; Lutz-Bachmann und Bohman 2002) beschäftigen sich mit dem Problem der Übertragbarkeit von Steuerungs- und Legitimationsformen der innerstaatlichen Ebene auf die zwischenstaatliche und globale Ebene. Der Diskurs zu Formen des *Global Governance* kommt abseits der theoretischen wie praktisch-politischen Absage an ein (zu) einfach zu denkendes *Global Government* nicht ohne Rückgriff auf die Fragen der politischen Philosophie des Staates aus. Ähnlich verhält es sich bei der Übertragung des „zivilisatorischen Hexagons“ (Senghaas 2004) auf die internationale Ebene. Die Einsicht, dass bestimmte Politikfelder – von der Sicherheits- über die Gesundheits- bis hin zur Umweltpolitik – nicht mehr einzelstaatlich gesteuert werden können, führt zu der Frage, wie eine internationale und globale Wohlfahrtspolitik zu organisieren ist (und was darunter zu verstehen ist). Das von *Carl Friedrich von Weizsäcker* (1912–2007) geprägte Schlagwort der „Weltinnenpolitik“ (Weizsäcker 1994) stellt in diesem Zusammenhang weniger eine Zustandsbeschreibung als eine konkrete Herausforderung dar.

Mit der Infragestellung der Trennung Wights von „*political theory*“ und „*international theory*“ fällt dann aber auch die Unterscheidung, wonach die politische Theorie sich mit dem guten Leben beschäftige, während sich die internationale Theorie mit der Frage nach dem bloßen Überleben zu begnügen habe. In einer zunehmend interdependenten, globalisierten Welt mit beschleunigtem politischen Wandel und einer Neujustierung sowohl der Autoritäts- wie auch der Verantwortlichkeitsstrukturen ist die Frage des Überlebens zugleich die Frage des guten Lebens. Die Bewältigung der gleichzeitigen und unterschiedlichen Herausforderungen verlangt den „guten Staat“ (dessen Kernauftrag der Sicherheitsvorsorge bleibt, dessen Handlungsformen jedoch in neuen Bahnen verlaufen) ebenso wie den „guten Bürger“ – ob er nun als zunehmend anerkanntes Individuum die weltpolitische Bühne betritt, sich in Nicht-Regierungsorganisationen zivilgesellschaftlich betätigt oder Teil der mit zunehmenden politischen und sozialen Verantwortlichkeiten konfrontierten Privatwirtschaft ist.

In einer solchen Situation zeigt sich etwa die jüngere Debatte um Liberalismus und Kommunitarismus kompatibel zu innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen Problemen. So kann die Frage nach der Universalität der Menschenrechte, nach der Möglichkeit eines Weltethos oder dem Verpflichtungsgrad internationaler Strafgerichtsbarkeit in den Kategorien von John Rawls (1921–2004) und der seiner Kritiker behandelt werden (vgl. u. a. Thompson 1992; Rawls 2002; Küng und Senghaas 2003). Bedingungen und Möglichkeiten globaler Gerechtigkeit stellen eine Kernfrage der politischen Philosophie der internationalen Beziehungen dar (vgl. zum

Überblick Nardin 2013). Aber auch die rechtsförmliche Fassung und Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (oder – in der Formulierung Hannah Arendts (1906–1975) – gegen die „Menschheit“) macht die Vorstellung einer internationalen Gemeinschaft denknotwendig (vgl. Fröhlich 2011). Der gegenwärtige Problemhorizont internationaler Politik ist nicht zuletzt durch eine Reihe von Veränderungen im Spannungsfeld von Krieg und Frieden bestimmt. Dazu gehört zunächst die Auseinandersetzung mit der Auflösung des Begriffes vom Kriege, wie ihn klassischerweise Carl von Clausewitz (1780–1831) geprägt hat. Der Primat der Politik, die Wahl der Mittel, aber auch die eigentliche Rationalität und Zielbestimmung des Einsatzes kriegerischer Gewalt wird nicht nur durch vielfältige Interventionsarten in Frage gestellt, sondern sieht sich auf geradezu revolutionäre Art und Weise in der Form terroristischer Anschläge oder so genannter Bürgerkriegsökonomien als „neue Kriege“ (Münkler 2002) herausgefordert (vgl. dazu den Beitrag von Frank R. Pfetsch in diesen Band). Gerade sie stellen aufs Neue die Frage nach der Angemessenheit und Legitimation des Einsatzes von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Die Tendenz hin zu einem allgemeinen Gewaltverbot des modernen Völkerrechts einerseits und das Aufkommen von Massenvernichtungswaffen (deren Zerstörungspotenzial jegliches Legitimationsargument desavouiert) andererseits haben die Lehre vom gerechten Krieg nachhaltig relativiert. Als grundsätzliche, ethische Argumentationsfigur im Spannungsfeld von Krieg und Frieden hat sie gleichwohl eine Reihe von Aktualisierungen erfahren. Sowohl mit Blick auf so genannte humanitäre Interventionen als auch mit Blick auf quasi-polizeiliche Aktionen zur Durchsetzung internationalen Ordnungsrechts (vgl. u. a. Walzer 2000; Holzgrefe und Keohane 2003; Dicke 1993) haben etwa die Kriterien des gerechten Krieges jüngst in der Reformdebatte der Vereinten Nationen und des Völkerrechts eine kritische Neuauflage erfahren. Im Unterschied zur einstmaligen Lehre liegt die Entscheidung über gerechten Kriegsgrund und gerechte Kriegsführung in einer völkerrechtskonformen Auslegung aber nicht mehr bei einem einzelnen Herrscher (und dessen Gewissen), sondern ist verbunden mit den multilateralen Verfahren der Weltorganisation. Die Ambivalenz der Denkfigur des gerechten Krieges, die gleichzeitig den Einsatz von Gewalt in einigen Fällen einschränken, in anderen jedoch ermöglichen soll, ist allerdings durch die Jahrhunderte geblieben. Die Debatte um die Schutzverantwortlichkeiten, aber auch die Bedingungen staatlicher Souveränität haben in der Formel von der „*responsibility to protect*“ einen Akzent erhalten, bei dem (unter deutlichem Rückgriff auf ideengeschichtliche Positionen) der Souveränität des Staates die Souveränität von Individuen entgegengestellt wird, deren Schutz vorrangig durch eben diesen Staat gewährleistet werden sollte – bei dessen Versagen jedoch auf die internationale Gemeinschaft übergehe (vgl. u. a. Granville 2014; Fröhlich 2016). Die Begründbarkeit dieses Denkmodells ist beileibe keine akademische Spiegelfechterei sondern von praktisch-politischer Bedeutung. Hier und andernorts kommt der politischen Philosophie eine eminent kritische Funktion für die Identifizierung von Problemen und Bewertung von Handlungsalternativen zu. Dies schließt die grundsätzliche Problematisierung von Konzepten der Machbarkeit und Rationalität des Politischen ein (Rengger 2000).

Es ist deshalb symptomatisch, dass das Gründungseditorial der Zeitschrift „International Theory“ im Jahr 2009 (rund vier Jahrzehnte nach Wights Absage an die Existenz einer Theorie des Internationalen) affirmativ (und doppeldeutig) formuliert: „Why there is *International Theory* now“ (Snidal und Wendt 2009). Die internationale Theorie, von der dabei die Rede ist, ist (wie auch bei Wight) zum größten Teil synonym mit einer politischen Philosophie des Internationalen und beinhaltet nicht zuletzt die kritische Reflektion, ob denn die Bezeichnung „international“ überhaupt noch eine angemessene Etikettierung des zu studierenden Phänomens und Erkenntnisinteresses eines solchen Unterfangens darstellt. Die Arbeiten auf diesem Gebiet weisen jedenfalls eine beachtliche Bandbreite auf: Von intellektuellen Biographien zu einzelnen Denkern (vgl. etwa Navari 2013) über die Ideengeschichte von Konzepten und sozialen Bewegungen (vgl. etwa Cortright 2008) bis hin zu Studien globaler Ordnung (vgl. etwa Hurrell 2007). Dabei steht nicht zuletzt auch die Kritik etablierter Lesarten und vermeintlicher Gewissheiten der Disziplin Internationale Beziehungen im Zentrum. So wird etwa der „Realismus“ Hans Morgenthau hinterfragt (Scheuermann 2009) und die für die Theorie der internationalen Beziehungen häufig konstitutiv gesetzte Großdebatte zwischen „Idealismus“ und „Realismus“ als Mythos erkundet (Ashworth 2014). Andererseits finden sich auch jüngere Wiederbelebungen von Ideen, die zwischenzeitlich aus dem Mainstream des Nachdenkenswerten verschwunden waren, wie beispielsweise teleologische Begründungen der Notwendigkeit eines Weltstaates, den etwa Alexander Wendt (in einer Auseinandersetzung mit Kant und Hegel) für unausweichlich hält (Wendt 2003). Ebenfalls symptomatisch ist auch der Versuch, Konzepte und Denkansätze, die nicht primär für den internationalen Bereich entwickelt wurden, nun gleichwohl für diesen nutzbar zu machen (vgl. etwa für eine solche Lesart der politischen Theorie Hannah Arendts Lang und Williams 2008). Zwei übergreifende Herausforderungen sind in diesen neueren Arbeiten sichtbar: Erstens gilt es angesichts vielfältiger Anwendungsmöglichkeiten in der Gegenwart die historische Kontextualisierung von Ideen und Denkmodellen der politischen Philosophie nicht aus dem Auge zu verlieren. Zweitens beinhaltet diese Gegenwart deutlich den Imperativ, über die Grenzen „westlichen Denkens“ hinauszugehen und die außereuropäische Geschichte und Philosophie auch im Sinne einer interkulturellen Verständigung aufzunehmen (vgl. etwa Acharya und Buzan 2010). Dazu gehört auch eine Kritik und Infragestellung der Argumentationsstruktur, Selektivität, politischen Funktionalität und Instrumentalisierung bestehender Konzepte und Rationalitäten der politischen Philosophie der internationalen Beziehungen (vgl. dazu den Beitrag von María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan in diesem Band).

Die zu erwartende Zunahme ethischer Dilemmata in der Weltpolitik wird den Bedarf nach politischer Philosophie noch stärken. Die Trennung zwischen philosophischen und empirischen Ansätzen ist dabei bereits mehrfach erfolgreich überwinden worden: Kants Theorem des demokratischen Friedens bildete die Grundlage für einen ganzen Zweig stark quantifizierender Arbeiten zum Wirkzusammenhang zwischen Staatsform, wirtschaftlicher Verflechtung, internationaler Organisation und Friedfertigkeit (vgl. dazu den Beitrag von Andreas Hasenclever in diesem Band). Die philosophische Durchdringung von Konzepten und Grundbegriffen